



Mit kompakten Positionen und Forderungen zu:
EEG und TKG, Littering & Klima-Anpassung



11011

Der Kommunalbrief

Drittes Quartal 2020 | Q3



Jeden Tag und zu jeder Zeit: Wir sind #TeamDaseinsvorsorge

Inzwischen ist der Alltag mit Corona in unser aller Leben angekommen. Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas, das das vermeintlich Selbstverständliche sichtbarer macht: Auch in diesen Zeiten können wir uns auf die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge mit ihren Infrastrukturen verlassen! Wir sind dienend dem Gemeinwohl verpflichtet. Unsere Mitgliedsunternehmen sind gefordert wie nie. Die Auswirkungen von Corona sind spürbar und müssen angegangen werden – gleichzeitig sind kommunale Unternehmen unverzichtbar und leistungsstarke Akteure für das Erreichen der Klimaschutzziele.

Wichtig ist, dass alle Anstrengungen und Vorschläge, die jetzt aufgegleist und mit dem Ziel eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses eingebracht werden, am Ende in konkreten Umsetzungen für Klimaneutralität münden. **Unsere Herausforderung liegt aktuell nicht vorrangig bei der Festlegung von Klimazielen, sondern darin, diese Ziele auch mit konsequenten Maßnahmen zu erreichen.**

Ein aktuelles Stimmungsbild von Energie-Entscheidern dokumentiert eindrucksvoll, wie stetig die Aktivitäten hin zu einer karbonarmen Energiezukunft voranschreiten*: Beinahe drei Viertel investieren konkret in den Ausbau der Elektromobilität und der erforderlichen Ladeinfrastruktur. Im Bereich der PV und Umsetzung der Wärmewende ist die überwiegende Mehrheit ebenfalls engagiert. Auffällig ist, dass demnach durchschnittlich rund 20 Prozent der Investitionen bezogen auf Gesamtinvestitionen Corona-bedingt zurückgestellt wurden. Ein Warnsignal. Hier muss gehandelt werden. **Umso wichtiger ist es nun: Richtige Anreize und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit langlebige moderne Infrastrukturen für Klimaschutz auf kommunaler Ebene (gefördert) realisiert werden. Zaudern wäre verhängnisvoll.** Kommunale Unternehmen bilden das verlässliche Fundament für unseren Wirtschaftsstandort – heute und in Zukunft.

Schwerpunkte dieser Ausgabe



EEG-Novelle für Klimaschutz, EU-Kunststoffrichtlinie für saubere Städte, TKG-Novelle für flächendeckend schnelles Internet: Im Herbst kann die Bundesregierung wichtige Weichen für Menschen und Wirtschaft stellen. Wie das aus Sicht der Praktiker vor Ort gelingt, lesen Sie in diesem Kommunalbrief.

#TeamDaseinsvorsorge.....	1
EEG-Novelle	2 3
Littering-Kosten	4
Klima-Anpassung	5
TKG-Novelle	6
Ethik-Leitlinien Künstliche Intelligenz	7
Weitere Themen	8



Direkt zu

[VKU-Chef Liebing zu den heutigen Vorschlägen zur Stärkung von Klimaschutz und Wirtschaftskraft von Bundeswirtschaftsminister Altmaier](#)

Von der EEG-Novelle muss der entscheidende Impuls ausgehen

von Ingbert Liebing

Nach BEHG, Klimaschutz- und Kohleausstiegsgesetz wird die EEG-Novelle in dieser Legislaturperiode das vierte richtungsweisende Gesetz für das Erreichen der Klimaziele 2030 sein. Vom EEG 2021 muss daher der entscheidende Impuls für den Erneuerbaren-Ausbau im kommenden Jahrzehnt ausgehen. Konkret bedeutet dies: Die Ausbaupfade für die einzelnen Technologien müssen richtig definiert und zugleich die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, damit der notwendige Ausbau auch praktisch erreicht werden kann. Die beiden entscheidenden Triebfedern für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sind Windenergie und Photovoltaik. Dazu kommt: Aus Brüssel kommen ja Signale, die EU-Klimaziele 2030 weiter zu verschärfen. Dies wird einen noch ambitionierteren EE-Ausbau in Deutschland notwendig machen.

Raus aus der Ausbaukrise

Der Ausbau beider Technologien verlief nicht frei von Krisen. Photovoltaik hat sich etwas erholt, Windenergie an Land steckt noch mitten in der Krise. Deswegen wird es in der EEG-Novelle vor allem auch darauf ankommen, den Ausbau der Windenergie an Land zurück auf Kurs zu bringen.

Jedem ist dabei klar: Kein Windenergieausbau ohne Akzeptanz vor Ort. Das Modell einer Windenergieabgabe an Kommunen, wie es das BMWi

vorschlägt, verfolgt den richtigen Ansatz. Es kann für mehr Akzeptanz bei den Bürgern und auch bei der lokalen Politik sorgen. Entscheidend ist, dass die durch die Abgabe erzielten Einnahmen der örtlichen Gemeinschaft und damit indirekt allen Gemeindebewohnern zugutekommen. Bei der rechtlichen Ausgestaltung muss daher darauf geachtet werden, dass die Abgabe nicht im kommunalen Finanzausgleich verrechnet wird. Außerdem müssen alle neuen Windparks einbezogen werden – auch die, die keine EEG-Förderung in Anspruch nehmen.

Energiewende muss stärker in der Stadt stattfinden

Die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz für das Projekt Energiewende als Ganzes sichern wir aber nur, wenn es nicht nur auf dem Land stattfindet. Auch der urbane Raum muss einen entscheidenden Beitrag zu Energiewende leisten. Das wird vor allem über einen massiven Ausbau der Photovoltaik gelingen. Die Technologie hat in den vergangenen Jahren erhebliche Sprünge – auch oder vor allem dank – des EEG gemacht. Es ist daher nur folgerichtig, jetzt auch die Früchte dieser teuer erkauften Entwicklung einzufahren und die vorhandenen Potenziale der Photovoltaik zu realisieren. Dabei gibt es vielfältige Ansätze, für einen besseren Ausbau der Solarenergie in den Städten zu sorgen.



„Heute werden die Entscheidungen für den Erneuerbaren-Ausbau von morgen getroffen.“

Ein wichtiges Element ist dabei zweifellos der sogenannte Mieterstrom. Allerdings bleiben die Ausbautzahlen der letzten Jahre in diesem Segment drastisch hinter den Erwartungen zurück. Es ist daher entscheidend, die Mieterstromförderung vor allem durch eine Erhöhung des Mieterstromzuschlags und eine Erweiterung des Anwendungsbereichs zu verbessern. So können mehr Dächer für die Solarstromerzeugung genutzt werden.

Flächenkulisse für PV ausweiten

Aber auch außerhalb der Städte liegen enorme PV-Potenziale, die noch nicht genutzt werden. PV-Freiflächenanlagen stehen Windenergiean-

lagen an Land mit Blick auf Wirtschaftlichkeit in nichts nach. Allerdings unterliegen sie starken Restriktionen bei der Flächenkulisse. Es ist an der Zeit, diese Restriktionen endlich abzuschaffen. Flächen des Bundes und der Länder müssen deshalb konsequent für die energetische Nutzung zugänglich gemacht und die Strecken entlang der Verkehrswege intensiver genutzt werden dürfen.

Es ist schon fast eine Binsenweisheit: Heute werden die Entscheidungen für den Erneuerbaren-Ausbau von morgen getroffen. Dies muss die Prämisse sein, unter der die EEG-Novelle steht.



Kosten für Reinigung und Entsorgung von Einwegkunststoffartikeln* und Zigarettenkippen in Deutschland im öffentlichen Raum**

700 Millionen Euro

Entsorgungskosten für Einwegkunststoffartikel gesamt

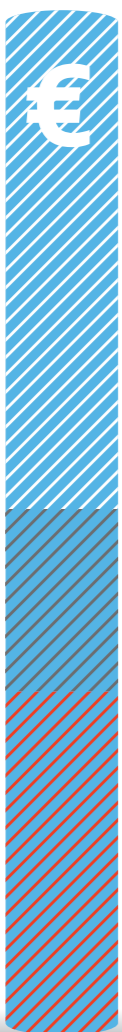


120 Millionen Euro

davon für die Entsorgung von Einweggetränkebechern

225 Millionen Euro

davon für die Entsorgung von Zigarettenkippen



* z. B.: Becher, Lebensmittelverpackungen, Tüten und Folienverpackungen aus Kunststoff für den Take-away-Gebrauch
 ** Quelle: VKU-Littering-Gutachten, 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

700 Millionen Euro für Entsorgung von Einwegkunststoffen im öffentlichen Raum

- **Städte und Gemeinden in Deutschland zahlen jährlich rund 700 Millionen Euro, um Parks und Straßen von Zigarettenkippen, To-Go-Bechern und anderen Plastik-Einwegprodukte zu reinigen sowie öffentliche Abfallbehälter zu leeren und die Abfälle zu entsorgen.**
- **Davon entfallen allein auf die Entsorgung von Zigarettenkippen rund 225 Millionen Euro.**
- **Für die Entsorgung von To-Go-Bechern aus Plastik fallen rund 120 Millionen Euro pro Jahr an.**

Das sind die Ergebnisse einer europaweit einzigartigen Studie des INFA-Instituts im Auftrag des VKU. Für die Studie hat INFA Sortieranalysen in 20 repräsentativ ausgewählten deutschen Städten vorgenommen.

Hintergrund ist die Umsetzung der EU-Kunststoffrichtlinie. Diese sieht u.a. vor, dass sich Hersteller bestimmter Plastik-Einweg-Produkte wie To-Go-Verpackungen und Filterzigaretten zukünftig finanziell an Leistungen der kommunalen Stadtreiniger beteiligen müssen. Bisher werden diese Leistungen über Gebühren oder die kommunalen Haushalte finanziert.

Mehr Gerechtigkeit bei Kostenverteilung

Dass in Zukunft die Hersteller bestimmter Einwegprodukte finanziell für die Folgen ihrer umweltschädlichen Geschäftsmodelle aufkommen sollen, ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Kosten.

Die kommunalen Stadtreinigungsbetriebe wollen die Finanzierungsbeiträge der Hersteller nutzen, um die Umwelt von Plastikabfällen zu entlasten und für noch saubere Städte und Gemeinden zu sorgen. Dazu müssen Reinigungsleistungen intensiviert werden, denn die Abfallmengen, speziell von To-Go-Verpackungen, steigen seit einigen Jahren enorm.

Auch die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger wollen die kommunalen Entsorger verstärken, denn neben den Herstellern haben natürlich auch die Verbraucher eine Verantwortung dafür, dass Plastik nicht in die Umwelt gelangt.



Klima-Anpassung: Herausforderung für kommunale Wasserversorger

Klimaextreme wie Dürre, Hitze und Starkregen werden sich dauerhaft auf sämtliche Handlungsbereiche der kommunalen Wasserwirtschaft auswirken. Die kommunalen Wasserversorger beobachten diese Entwicklungen sehr genau und sorgen vor.

Sie sind dabei, ihre Systeme noch klimarobuster zu machen: Dazu gehört unter anderem, dass sie ihre Infrastrukturen prüfen, anpassen und auf mehrere Standbeine stellen – z.B. mit anderen Versorgern kooperieren, um Verbundsysteme zu schaffen und so gemeinsam die Trinkwasserversorgung zu sichern.

Da wasserwirtschaftliche Infrastrukturen langfristig geplant werden, müssen Anpassungen auf statistisch belastbaren Grundlagen beruhen. Ob Siedlungs- und Nutzungsstruktur oder Meteor-, Hydro-, Geologie und Topographie: Entscheidend ist immer die individuelle Situation vor Ort.

Wasserinfrastruktur ist kein Massenprodukt von der Stange. Sie ist ein Maßanzug, der eigens für die örtlichen Rahmenbedingungen angefertigt wurde und für Generationen ausgelegt ist.

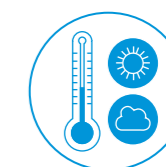
Geld ist dabei aber nicht alles. Eine Modernisierung und Weiterentwicklung der Infrastruktur braucht politische Entscheidungen – um durch Rechtssicherheit sowohl Innovationen und Investitionen anzureizen als auch mögliche Interessenkonflikte zu lösen:

- **Nutzungskonkurrenzen klären:** Ziele der öffentlichen Trinkwasserversorgung können mit Interessen von Anrainern, Landwirten, Industrie und Gewerbe kollidieren.
- **Behörden sollten Wasserhaushaltsgesetz stärker berücksichtigen:** Wenn das Wasserdargebot nicht für alle gewünschten Nutzungen reicht und eine Abwägung notwendig wird, muss die öffentliche Wasserversorgung Vorrang haben.
- **Wasserressourcen von vornherein intelligent managen:** Dafür müssen alle Akteure wie Behörden, Landwirte, Wirtschaft und Wasserversorger an einen Tisch.

Klimaanpassung – Handlungsbedarf aus Sicht der kommunalen Wasserwirtschaft



Trinkwasserversorgung sichern



Klimarobustheit prüfen



Mehr Grün und Blau ins Grau



Infrastrukturen integral denken und zukunftsfest gestalten

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





TKG-Novelle: Glasfaser ausbauen, Krisen-Resilienz stärken

Ob Home-Office oder Home-Schooling: Auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie zu Beginn des Jahres verhinderte die Digitalisierung einen kompletten Lockdown unserer Wirtschaft. Corona zeigt: Die Digitalisierung stärkt die Krisen-Resilienz unseres Landes.

Corona zeigte auch: Größte Baustelle bleibt der flächendeckende Ausbau von Glasfasernetzen in Stadt und Land. Ob man ins Home-Office wechseln kann oder nicht, entscheidet sich am Beruf – und an der Leistungsstärke der Internet-Verbindung vor Ort. Krisenresilienz nach Postleitzahl – das darf nicht sein!

Vorrang für Glasfaser: Entwurf zur TKG-Novelle setzt richtiges, erstes Signal

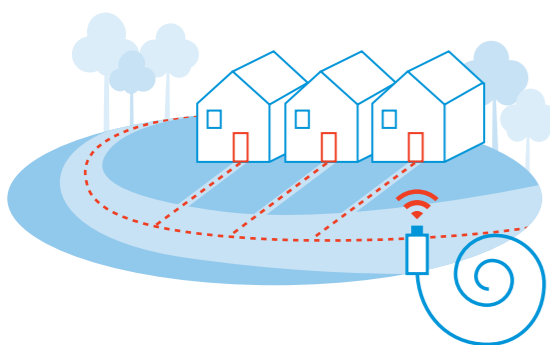
Um eine weitere digitale Spaltung zu verhindern und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandorts nachhaltig zu stärken, sollte die Bundesregierung nicht länger zögern und entschlossen die Novelle des Telekommunikationsmodernisierungsgesetzes (TKG-Novelle) voranbringen. Erstes wichtiges Signal des Entwurfs: Statt alter Technologien gibt es einen klaren Vorrang für Glasfaser, auf die bereits heute 92 Prozent der kommunalen Unternehmen im Breitbandausbau setzen – auch im ländlichen Raum.*

Für den flächendeckenden Glasfaserausbau müssen Wettbewerbsnachteile abgebaut, Rechtssicherheit geschaffen und die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Investitionen angereizt werden. Dafür sollte unser Land:

- **aufs schnellste Pferd setzen:** Glasfasernetze bis ins Gebäude ausbauen (FTTB**)!
- **Wettbewerb fördern:** Strukturelle Nachteile, z.B. bei der Mitverlegung, abbauen!
- **Kilometer machen:** Einige Gebiete werden doppelt, andere gar nicht ausgebaut. Ein diskriminierungsfreier und angemessener Netzzugang verlagert den Wettbewerb von der Infrastruktur auf die Dienste. Das freut die Kunden und macht es attraktiver Gebiete anzuschließen, die bisher kein schnelles Netz haben.

* VKU-Umfrage 2020
** FTTB – Fibre-to-the-Building

FTTB – damit schnelles Internet nicht an der Bordsteinkante endet!

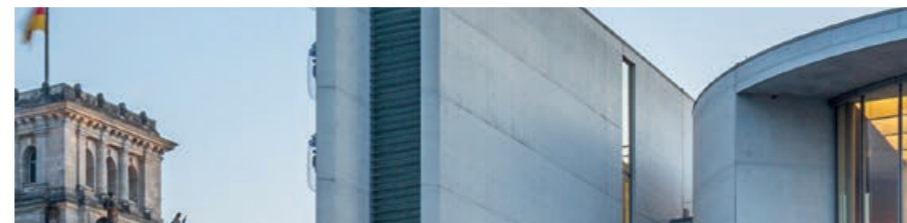


Bereits heute bauen

92 Prozent

der kommunalen Unternehmen im Breitbandausbau ihr Glasfasernetz bis in die Gebäude und Wohnungen (FTTB: Fibre-to-the-Building) aus.**

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



KI in der Daseinsvorsorge – VKU beschließt Ethik-Leitlinien

Ob Smart City-Anwendung oder intelligentes Stromnetz, ob in der Abfallsortieranlage oder im Klärwerk: Bereits heute nutzen kommunale Unternehmen Künstliche Intelligenz (KI) und viele planen, selbstlernende Systeme einzusetzen oder den Einsatz auszuweiten.

Die Chancen von KI für die Daseinsvorsorge sind enorm. Doch der Einsatz von KI in einem so lebenswichtigen Bereich weckt Sorgen. Was, wenn KI Entscheidungen trifft, die nicht dem Gemeinwohl dienen? Wenn z.B. der autonome Bus, der den ÖPNV im ländlichen Raum stärken soll, für bestimmte Personengruppen nicht hält?

Diese Sorge nehmen der VKU und seine Mitglieder ernst. Der Einsatz von KI in der Daseinsvorsorge erfordert besondere Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein. Deshalb haben wir gemeinsam Leitlinien für den Einsatz von KI beschlossen: So darf KI z.B. nicht diskriminieren, sondern soll dem Gemeinwohl dienen.

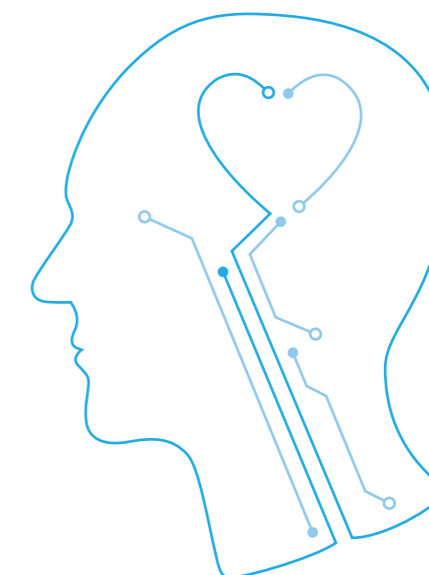
Wirtschaftsstandort stärken, Lebensqualität verbessern: Wofür wir KI nutzen wollen

KI ist ein Werkzeug für kommunale Unternehmen, um durch digitale Daseinsvorsorge den Wirtschaftsstandort zu stärken und die Lebensqualität spürbar zu verbessern.

Die Leitlinien können kommunalen Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer bewährten Leistungen (und Infrastrukturen) der Daseinsvorsorge in der Praxis zur Orientierung dienen.

- **Aktuell setzen kommunale Unternehmen KI u.a. für vorausschauende Wartung von Anlagen oder Kanälen oder bei der Steuerung des smarten Stromnetzes ein.**
- **Neben digitaler Daseinsvorsorge kann KI in der Kommunalwirtschaft Lösungen für Klimawandel, Demografie und Stadt-Land-Unterschiede fördern.**
- **Die KI-Leitlinien sind ein Versprechen: Statt Disruption ist unser Anspruch, den digitalen Wandel zum Wohle aller zu gestalten.**

Einsatz von KI erfordert besondere Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein



KI-Leitlinien für die digitale Daseinsvorsorge sind ein Beitrag zur

digitalen Souveränität

unseres Landes.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58 58 0-0
Fax +49 30 58 58 0-100
info@vku.de

www.vku.de



**Themen, die uns
im Sommer beschäftigt haben**

Großes Medienecho auf VKU-Littering-Studie



Am 20. August haben Bundesumweltministerin Svenja Schulze und VKU-Präsident Michael Ebling in Berlin ein Gutachten zu Kosten der Abfallentsorgung im öffentlichen Raum, also in Papierkörben und im Kehrriech, vorgestellt. Die mediale Aufmerksamkeit auf

die Vorstellung des Gutachtens war groß. Das zeigt: Die Verschmutzung der Städte und Gemeinden durch Einweg-Plastikabfällen ist ein Thema, das die Menschen beschäftigt. Der Wunsch nach saubereren Städten und Gemeinden ist groß. Die Umsetzung der Kunststoffrichtlinie bietet eine gute Gelegenheit, die Stadtreiniger in ihren Bemühungen für lebenswerte Kommunen zu unterstützen. Mehr dazu auf Seite 4 dieses Kommunalbriefs.



Keine flächendeckenden Versorgungengpässe

Wird sogar das Trinkwasser knapp? Das ist nur eine der Schlagzeilen, die im August 2020 fast täglich zu lesen waren. Auch wenn die Situation in einzelnen Fällen angespannt war, gilt grundsätzlich: In Deutschland drohen auch bei langanhaltenden Trockenperioden und großer Hitze keine flächendeckenden Versorgungengpässe bei Trinkwasser.



Direkt zum
[Zeit Artikel](#)



Ein Jahr „Grüner Knopf“ – wir machen mit!

Vor einem Jahr hat Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Siegel „Grüner Knopf“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Es kennzeichnet Textilwaren, die unter zertifizierten ökologischen und sozialen Standards produziert wurden. Es ist eine wichtige Orientierungshilfe für kommunale Beschaffer im zum Teil sehr intransparenten Textilmarkt. Kommunale Unternehmen können über die zum Teil großen Bestellmengen wirtschaftliche Impulse setzen und mit ihrem Einkauf ein wirksames Zeichen für fairen Handel, menschenwürdige Arbeit und global nachhaltige Lieferketten setzen.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt rund 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit mehr als 275.000 Beschäftigten wurden 2018 Umsatzerlöse von rund 119 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 12 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen große Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 62 Prozent, Erdgas 67 Prozent, Trinkwasser 90 Prozent, Wärme 74 Prozent, Abwasser 44 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen durch getrennte Sammlung entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 67 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr kommunale Unternehmen engagieren sich im Breitbandausbau. 190 Unternehmen investieren pro Jahr über 450 Mio. EUR. Sie steigern jährlich ihre Investitionen um rund 30 Prozent. Beim Breitbandausbau setzen 93 Prozent der Unternehmen auf Glasfaser bis mindestens ins Gebäude.

